

Der Anschlag des Ausgrenzungsstaates



Von WOLFGANG HÜBNER | Die unzähligen Feind- und Kriegserklärungen gegen die AfD, all die politisch und massenmedial begünstigten oder zumindest tolerierten Diskriminierungen, Schikanen und Demütigungen einer von Millionen Deutschen demokratisch gewählten Partei, ihre tausendfachen gesellschaftlichen Diffamierungen – all das konnte und kann nicht ohne Folgen bleiben. Der mörderische Anschlag in Bremen auf einen AfD-Bundestagsabgeordneten ist deshalb nur in ganz oberflächlicher Betrachtung die Tat von linksextremistischen Außenseitern. Tatsächlich ist es die konsequente blutige Exekution des dokumentierten Vernichtungswunsches des etablierten Machtkartells in Deutschland.

Die Täter von Bremen mögen ein wenig brutaler zu Werke gegangen sein als sich das Teile dieses Machtkartells im Blick auf die mögliche Außenwirkung vorstellen wollten. Doch wer unablässig von sich gibt, dass in Bremen, Frankfurt, München oder sonst wo „kein Platz für die AfD“ sei, wer dem nicht widerspricht, sondern das feige-opportunistisch hinnimmt, der darf sich nicht wundern, wenn diejenigen, die sich als militante Speerspitze der imaginierten „Nazi“-Bekämpfung im Antifa-Staat sehen, das nicht nur als Ermunterung, sondern als Auftrag zum Gebrauch von Gewalt, Mord und Totschlag inklusive, gegen AfD-Aktivisten und bekennende Patrioten begreifen.

Die gesamten Distanzierungserklärungen von Politikern des

Machtkartells sind deshalb abgrundtief verlogen, denn sie sehen dem Kernproblem nicht ins Auge: Dem Willen, die parlamentarischen Vertreter einer Partei und damit jeden einzelnen Wähler der AfD ausgerechnet in Merkels entgrenzter Republik auszugrenzen, also faktisch mit einer (noch) unsichtbaren blauen Brandmarkung zu versehen. Und das alles auch noch mit dem Hochgefühl des Hypermoralismus von Musterschülern der „Vergangenheitsbewältigung“. Was soll es die Bremer Täter da geschert haben, dass ihr Opfer ein Nachgeborener ist?

„Wehret den Anfängen“ – das lernen die Totschläger tagtäglich in den Medien, den Schulen, den Universitäten, den Theatern, den Fußballstadien, den Kirchen. Denn über 70 Jahre nach dem Ende der Nazi-Herrschaft wird die Erinnerung an die unseligste Zeit unseres Landes in verlogener, zynisch kalkulierter Weise vom Machtkartell dazu instrumentalisiert, die stärker werdende Opposition im Volk wie der Politik zu bekämpfen, deren Sprecher zu verteufeln und zu stigmatisieren. Das klappt bislang recht gut, auch das gehört zur Wahrheit über die gegenwärtige Situation in Deutschland, weil der Großteil unseres Volkes all das bedrückt oder verunsichert zuschauend, wegduckend, desinteressiert oder sogar beifällig hinnimmt.

Den Propagandisten des „Wehret den Anfängen“-Alarmismus erscheint es in entlarvender Weise bis heute nicht als Problem, dass auch diese massenhafte Hinnahme offenen Unrechts, nämlich der eifrig betriebenen Ausgrenzung von Teilen des Volkes, zur größten Katastrophe in der deutschen Geschichte geführt hat. Allerdings war damals Widerstand mit größter Lebensgefahr verbunden. Jetzt reicht es (vorerst), mit Gewaltaktionen der staatlich gesponserten, politisch gepöppelten Antifa-Täter Einschüchterung und Terror zu verbreiten. Denn die Tat in Bremen geschah nach dem Motto „Erschlage einen, verbreite Angst und Schrecken unter vielen“.

Die Patrioten, ja alle wirklich freiheitlich-demokratisch gesinnten Menschen in Deutschland stehen in und vor schweren

Bewährungsproben. Denn das nun von einem drohenden wirtschaftlichen Abschwung verunsicherte Machtkartell fördert ganz bewusst die Ausgrenzung der einzigen wirklichen Opposition mit der gar nicht so klammheimlichen Tolerierung der Primitivparole „Nazis raus!“ Es stört die Merkel, Steinmeier, Scholz samt all die Medien- und Kirchenfürsten nicht im Geringsten, dass diese Parole eigentlich nur der Verzweiflungsschrei der europaweit dümmsten und verwehrlosesten Linken zwischen Bremen und München ist.

Es stört das Machtkartell nicht im Geringsten, dass aufrechte Patrioten und überzeugte Demokraten mit dieser Parole gebrandmarkt, sie bis ins Privat- und Berufsleben verfolgt werden. Wäre es anders, hätten die Totschläger von Bremen ihr blutiges Tun mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht gewagt. Deshalb war der Mordversuch an dem AfD-Bundestagsabgeordneten nicht nur die Tat von drei Kriminellen, sondern der bislang schwerste Anschlag des Ausgrenzungsstaates.



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016

sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite erreichbar.